

Stand: 06.02.2026 08:14:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/795

"Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/795 vom 20.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2151 des VF vom 11.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024
4. Beschluss des Plenums 19/2523 vom 18.06.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 18.06.2024



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner AfD**

Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, damit in Plattling ein zusätzlicher Sitz des Bayerischen Verwaltungsgerichts für den Bezirk Niederbayern errichtet wird.

Begründung:

Der Bezirk Niederbayern ist derzeit der einzige Bezirk in Bayern, der über kein eigenes Verwaltungsgericht verfügt. Dies stellt eine eklatante Lücke im rechtlichen System dar und führt zu erheblichen Unannehmlichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung selbst.

Die derzeitige Situation zwingt die Bürger aus Niederbayern dazu, für verwaltungsrechtliche Streitigkeiten lange Wege auf sich zu nehmen, da sie gezwungen sind, Verwaltungsgerichte in entfernten Bezirken aufzusuchen. Dies führt nicht nur zu finanziellen Belastungen, sondern auch zu einer unzumutbaren Einschränkung des Zugangs zur Rechtsprechung, was die Grundrechtsausübung des Art. 19 Abs. 4 Grundgesetzes (GG) erheblich einschränkt.

Darüber hinaus überlastet die fehlende Präsenz eines Verwaltungsgerichts in Niederbayern das bestehende Verwaltungsgericht in Regensburg und führt zu längeren Verfahrenszeiten und einer ineffizienten Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten.

Die Schaffung eines Verwaltungsgerichts in Plattling würde nicht nur die rechtliche Infrastruktur in Niederbayern stärken, sondern auch dazu beitragen, die Justiz näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzubringen und den Zugang zu einer fairen und effizienten Rechtsprechung zu erleichtern.

Angesichts dieser drängenden Probleme und der Notwendigkeit, die Rechtssicherheit und den Zugang zur Justiz in Niederbayern zu verbessern, fordern wir die Staatsregierung dringend auf, die Einrichtung eines Verwaltungsgerichts in Plattling für den Bezirk Niederbayern zu prüfen und umzusetzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner
AfD
Drs. 19/795**

**Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern
in Plattling**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**
Mitberichterstatter: **Felix Locke**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 11. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 13)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 13)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, AfD, die Fraktion der GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen liegen nicht vor, Stimmenthaltungen auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Somit ist die Sitzung geschlossen. Ihnen allen einen schönen Abend! Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:46 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Kita-Reform in Bayern (BayKiBiG):
gute pädagogische Qualität für Kinder, verlässliche Finanzierung für Träger und bezahlbare Gebühren für Eltern erreichen
Drs. 19/530, 19/2139 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Deutsche Umwelthilfe in die Schranken weisen!
Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis beenden!
Drs. 19/549, 19/2050 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern –
Für eine wehrhafte Demokratie!
Drs. 19/577, 19/2146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unbürokratische Auszahlung des Krippengeldes in Bayern
Drs. 19/612, 19/2140 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten
Drs. 19/660, 19/2147 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Bürger vor Zahlungen des Rundfunkbeitrags schützen:
Meldebehörden zur Aufklärung über Möglichkeiten
zur Vermeidung der Beitragspflicht anhalten
Drs. 19/743, 19/1986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag des Abgeordneten Markus Striedl AfD
Wärmeversorgung in Wenzenbach sofort wiederherstellen!
Drs. 19/751, 19/2144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Lückenhafte Ermittlungen im Fall Chrupalla?
Drs. 19/759, 19/2148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumlner u.a. SPD
Wie können wir die Kita-Qualität in Zeiten
des Fachkräftemangels sichern?
Drs. 19/760, 19/2141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher u.a. und Fraktion (SPD)
Verfassung schützen – Demokratie verteidigen: Bayerns Reaktion
auf die aktuellen rechtsextremen Entwicklungen
Drs. 19/773, 19/2149 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung und dessen Auswirkungen auf den Mittelstand
Drs. 19/792, 19/2145 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts in Bayern
Drs. 19/794, 19/2150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner AfD
Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling
Drs. 19/795, 19/2151 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
beA auch in Bayern vollständig nutzbar machen!
Drs. 19/805, 19/2152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner AfD**

Drs. 19/795, 19/2151

**Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern
in Plattling**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Karl Straub

Abg. Toni Schuberl

Abg. Christoph Maier

Abg. Martin Behringer

Abg. Horst Arnold

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner (AfD)

Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling (Drs. 19/795)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordnete aus dem Stimmkreis Deggendorf freue ich mich außerordentlich, dass wir ein eigenes Verwaltungsgericht in Niederbayern bekommen sollen. Trotz Ablehnung im Ausschuss hat sich die Staatsregierung nun doch für den Standort Plattling entschieden und damit genau unserem Antrag entsprochen, das Verwaltungsgericht für Niederbayern dort anzusiedeln. Sie sehen: AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD)

Nachdem es im Februar 2024 aus dem Ministerium noch hieß, dass für ein niederbayerisches Verwaltungsgericht kein dringender Bedarf ersichtlich sei, hat sich unser Kollege Rene Dierkes hier im Plenum für ein Verwaltungsgericht in Plattling eingesetzt, zentral gelegen und verkehrstechnisch gut angebunden. Zunächst waren sogar die Städte Freyung und Passau im Gespräch. Für die AfD ist aber die Einrichtung eines Verwaltungsgerichts zu wichtig, um die Standortwahl den politischen Mauseleien der Regierung in den Hinterzimmern zu überlassen. Deswegen ist es umso erfreulicher, dass sich mit Plattling nun wohl doch der ideale Standort durchgesetzt hat und eben nicht der schwarze Filz.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gerade aufgeschreckt, als Frau Ebner-Steiner gesagt hat, AfD wirkt, weil ich mir gedacht habe: Wofür soll die wirken?

(Beifall bei der CSU)

Das war für mich ein erschreckender Moment. Als ich gehört habe, dass es um das Verwaltungsgericht in Plattling geht, ist mir das Ganze völlig fremd geworden, weil ich diese Entwicklung im Rechtsausschuss mitbekommen habe. Es ist allen bekannt: Wir hatten 2021 ursprünglich geplant, dass das Verwaltungsgericht nach Freyung kommt. Trotz der total harmonischen Zusammenarbeit zwischen den Regierungsfractionen hatte man den Anfangsverdacht, dass man sich einmal uneinig war, aber jetzt zu einer guten Lösung gekommen ist. Das Verwaltungsgericht kommt nach Plattling. Herr Staatsminister Bernreiter hat in Zusammenarbeit mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER die Lösung gebracht. Die Regierungskoalition wirkt, um das einmal für alle klarzustellen. Die AfD wirkt überhaupt nicht.

In Freyung entsteht übrigens, was nicht im direkten Zusammenhang steht, ein großes Tagungs- und Fortbildungszentrum der Polizei. Als Beobachter aus Oberbayern finde ich, dass für Niederbayern sehr gute Lösungen gefunden wurden. Die AfD wirkt für gar nichts. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Nächster Redner ist Herr Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag der AfD zeigt: Die AfD hat keine Ahnung. Sie hat keine Ahnung von der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Sie hat keine Ahnung davon, wie das funktioniert. Sie wissen ja

nicht einmal, zu welchem Ressort das Verwaltungsgericht gehört. Sie glauben immer noch, dass es das Justizressort ist. Sie haben keine Ahnung.

Im Antrag schreiben Sie von eklatanten Lücken im rechtlichen System, weil die Niederbayern nach Regensburg fahren müssen. Sie reden davon, dass die Niederbayern gezwungen seien, Verwaltungsgerichte in entfernten Bezirken aufsuchen zu müssen. Haben Sie sich die Landkarte schon einmal angeschaut? – Erstens ist die Oberpfalz kein entfernter Bezirk, und zweitens können wir uns die Verwaltungsgerichte nicht aussuchen, zu denen wir gehen. Sie haben keine Ahnung.

Es ist schlecht gemacht, es strotzt vor fachlichen Fehlern, aber es ist auch ein billiger Trick.

Ich habe das Thema wirklich lange begleitet. Wir haben darum gestritten, wir haben uns im Ausschuss damit beschäftigt, wir haben uns vor Ort beschäftigt. Die AfD hat sich dazu nie zu Wort gemeldet. Die AfD hatte dazu nie einen Vorschlag, hatte dazu nie eine Meinung. Sie hat sich nicht eingebracht. Als das Thema aber durch war, als klar war, das Verwaltungsgericht kommt nach Plattling, kam auf einmal ein Antrag der AfD: Sie fordern ein Verwaltungsgericht in Plattling. Das ist billig. Sie sind auf den Zug aufgesprungen und wollen jetzt so tun, als hätten Sie irgendetwas beigetragen.

Zum Thema: Wir GRÜNE begrüßen Behördenverlagerungen. Das ist eine Strukturstärkung des ländlichen Raums, aber es gibt Regeln, es gibt einen Kriterienkatalog, den das Ministerium selbst aufgestellt hat. Es gibt eine Pflicht zur Evaluierung; man muss vorher schauen: Ist es sinnvoll? Ist es nicht sinnvoll? Bringt es Vorteile? – Das wurde hier nicht gemacht. Es ist Gutsherrenart gewesen, als Herr Söder zur Überraschung aller auf einmal verkündet hat, was er sich vorstellt. Deswegen ist es auch so umstritten gewesen.

Überwiegen die Vorteile? – Das Verwaltungsgericht in Regensburg wird auf zwei Teile aufgeteilt; jeder Teil wird kleiner. Wir haben immer komplexere Verfahren, wir haben immer schwierigere Themen, und jetzt verlieren wir Spezialisierung. Das ist erst ein-

mal fachlich schlecht. Wir verdoppeln eine Struktur, wir verdoppeln die Anzahl der Gebäude. Es ist ein Standort gewählt worden, an dem kein Gericht vorhanden ist. Das heißt, wir haben auch keine Synergieeffekte, zum Beispiel beim Sicherheitsdienst.

Die Richterinnen und Richter wurden nicht gefragt, jedenfalls nicht ernsthaft und nicht von vornherein; die sind nicht beteiligt worden. Ich möchte euch schon sagen: Ein Gericht ist eine unabhängige Institution. Es ist keine nachgelagerte Behörde eines Ministeriums. So geht man nicht mit der unabhängigen Justiz um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ist Plattling strukturell schwach? – Wer Plattling kennt, weiß, dass es an der Eisenbahn gelegen ist und den wichtigsten Bahnhof Niederbayerns hat. Dort kreuzen sich zwei große Linien. Es gibt das Autobahnkreuz A92 und A3. Die Bundesstraße führt hindurch. Es gibt viele Gewerbegebiete, viele Einnahmen. Es ist traditionell ein sehr wohlhabendes Gebiet im Gäuboden. BMW ist in der Nähe.

Wir brauchen Behördenverlagerung in den Bayerischen Wald, nicht nach Plattling. Hier wäre es notwendig gewesen. Dort brauchen wir hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Hier gab es auch schon mal ein Versprechen, das gebrochen worden ist. Aufgrund dieses Versprechens wurde investiert. Auf diesen Investitionen bleibt Freyung jetzt sitzen. Ich erwarte immer noch eine Kompensation für Freyung. Es reicht nicht, dass man sagt: Na dann kriegt es halt Plattling, ist ja gut so. – Nein, wir brauchen eine Kompensation für Freyung. Wir brauchen hoch qualifizierte Arbeitsplätze dort, und zwar durch eine Behörde, die viele Arbeitsplätze hat, aber wenig Publikumsverkehr. Stärken Sie den Bayrischen Wald, und hören Sie auf, nach Gutsherrenmanier unabhängige Gerichte zu verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Maier, AfD-Fraktion.

Christoph Maier (AfD): Sie haben sich sowohl im Ausschuss als auch hier noch einmal gegen ein Verwaltungsgericht in Niederbayern ausgesprochen. Die AfD-Fraktion hat das von Beginn an unterstützt und sich jetzt auf den Standort Plattling festgelegt. Ihre Zustimmungswerte dort, wo Sie herkommen, aus dem Wahlkreis Niederbayern, –

Toni Schuberl (GRÜNE): Das nennt sich Freyung-Grafenau!

Christoph Maier (AfD): – Freyung-Grafenau; sagen Sie es am besten noch –, die schrammen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde vorbei. Könnte das vielleicht daran liegen, dass die Bürger vor Ort merken, dass Sie gar nicht deren Interessen vertreten, sondern grüne Ideologie?

Toni Schuberl (GRÜNE): Die AfD hat am Anfang kritisiert, dass es ein niederbayerisches Verwaltungsgericht geben soll. Danach ist sie umgeschwenkt und hat das anders gesehen. Konkrete Vorschläge der AfD gab es nie, eine konstruktive Mitarbeit auch nicht. Sie betreiben reinen Populismus.

Der Regierungsbezirk Niederbayern hatte schon immer ein Verwaltungsgericht, nämlich gemeinsam mit dem Regierungsbezirk Oberpfalz in Regensburg. Weiden ist von Regensburg ungefähr so weit entfernt wie Passau. Somit ist Regensburg der ideale Standort. Für viele Teile Niederbayerns liegt Regensburg nicht weiter entfernt als Plattling. Insofern ist das kein Nachteil für Regensburg.

Sie hören nie mit Ihrer Grenzdenke auf. Sie fragen sich: Was ist unseres? Was ist anders? Was ist fremd? Diese Denke geben Sie nicht einmal bei den Regierungsbezirken auf. Hier geht es darum, etwas Sinnvolles zu tun. Behördenverlagerung ja, aber nicht ohne darüber mit den unabhängigen Gerichten nachzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wie schon bekannt, hat sich die Koalition der FREIEN WÄHLER und der CSU auf den Standort Plattling für das neue Verwaltungsgericht geeinigt. Die Bayerische Staatsregierung arbeitet gerade intensiv daran, ein entsprechendes Konzept vorzulegen und dieses Vorhaben umzusetzen. Für die Erreichung dieses Ziels brauchen wir sicherlich keinen Antrag der AfD. Deshalb möchte ich vorausschicken: Wir lehnen diesen Antrag ab.

Auch wenn es seitens der Justiz immer wieder Kritik an diesem Schritt gab – ob berechtigt oder nicht, das möge jeder für sich selbst beurteilen –, möchte ich hervorheben, dass wir bereits seit der letzten Legislaturperiode auf einen Verwaltungsgerichtsstandort in Niederbayern hinarbeiten. Ja, wir brauchen ein Verwaltungsgericht in unserer Region, schon allein aufgrund der Tatsache, dass Niederbayern der einzige Regierungsbezirk ohne eigenes Verwaltungsgericht ist. Wir sind hier komplett anderer Meinung als Herr Kollege Schuberl.

Ein Verwaltungsgericht in Niederbayern stärkt nicht nur die regionale Justiz, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur effizienten Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Region profitieren direkt von kürzeren Wegen und einer besseren Erreichbarkeit der Justiz. Ich hätte mir gewünscht, dass bei der Entscheidung über den Verwaltungsgerichtsstandort der Gesichtspunkt der Stärkung strukturärmerer Räume vermehrt berücksichtigt worden wäre. Dennoch ist Plattling, strategisch gesehen, ein guter Standort, der viele Voraussetzungen erfüllt und mit dem alle Beteiligten sehr gut leben können.

Eine Verlagerung von Behörden in strukturschwache Regionen hat viele positive Auswirkungen und ist eine zentrale Maßnahme des Freistaats zur Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen und Verhältnissen in Stadt und Land. Sie generiert Arbeitsplätze, stärkt die lokale Wirtschaft und trägt zur Attraktivität der gesamten Region bei. Behördenverlagerungen sind ein wichtiges Instrument, um den ländlichen Raum, hier insbesondere den Bayerischen Wald und die Landkreise Deggendorf, Regen und

insbesondere Freyung-Grafenau, zu stärken und zu unterstützen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Politik alle Möglichkeiten ausschöpft, um die Entwicklung strukturell benachteiligter Gegenden voranzutreiben.

Für uns war es daher nur folgerichtig, diesen wichtigen Schritt in Richtung einer ausgewogenen Regionalentwicklung zu gehen. Wie schon eingangs gesagt, lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Behringer. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Niederbayern ist mit 1.032.500 Hektar flächenmäßig der zweitgrößte bayerische Regierungsbezirk mit rund 1,25 Millionen Einwohnern. Im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Rechtsweggarantie haben es auch die Niederbayerinnen und Niederbayern verdient, auf ihrem Territorium bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit angemessen berücksichtigt zu werden.

Diese Erkenntnis hat allerdings die Bayerische Staatsregierung in der Person des Ministerpräsidenten und des Innenministers erst letztes Jahr im Rahmen von Bierzeltveranstaltungen heimgesucht. Tatsächlich war dann der Streit groß, wie das im Einzelnen laufen soll. In der Vorstellungswelt der Staatsregierung mäanderte möglicherweise Freyung-Grafenau herum. Dann gab es einen internen Streit. Das Projekt wurde abgeblasen. Jetzt ist es etabliert; angeblich soll Plattling der Standort werden. Ich glaube das erst, wenn das Gesetz entsprechend geändert worden ist, sodass wir es schwarz auf weiß haben.

Meine Fraktion hat folgende Konsequenz gezogen: Wir haben bei den Haushaltsberatungen beantragt, für das Verwaltungsgericht Niederbayern die notwendigen Haushaltsmittel für eine Planung und eine angemessene Ausstattung bereitzustellen, egal

für welchen Standort die Entscheidung fällt. Es bringt uns hier nicht weiter, über die Geografie und den Ort zu streiten.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist allerdings, dass die Standortsuche unter Beteiligung der Richterschaft und der Beschäftigten erfolgt und dass der neue Standort effektiv, bürgernah und bürgerfreundlich ist. Vor allem muss das Gericht digitalisiert sein. Hier ist viel zu tun; denn das ist eine große Chance für den Rechtsstaat in Bayern. Dieser Vorgang läuft. Eine vorzeitige Festlegung auf den Standort Plattling mögen andere vornehmen. Wir haben uns entschieden, die Geldmittel bereitzustellen. Aus diesen Gründen können wir uns nicht dem Antrag der AfD anschließen. Er bietet eine verkürzte Darstellung und stellt die eigentlichen Probleme nicht heraus.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt.

Zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten, das ist der Tagesordnungspunkt 2. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 155 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn

Abgeordneten Johannes Meier entfielen 28 Ja-Stimmen und 125 Nein-Stimmen. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit hat der Abgeordnete Johannes Meier nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags bekannt; das ist der Tagesordnungspunkt 3. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 155 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 29 Ja-Stimmen und 125 Nein-Stimmen. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit hat Herr Abgeordneter Jörg Baumann nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 sind damit erledigt.